

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 20.

Sonnabend, den 15. Februar

1896.

Die Anerkennung des Fürsten Ferdinand.

Was sich seit der Ausöhnung Rußlands mit Bulgarien infolge des beschlossenen Uebertritts des kleinen bulgarischen Thronfolgers zur orthodoxen Kirche voraussehen ließ, scheint noch rascher eintreten zu wollen, als zu erwarten stand: Die Anerkennung des Fürsten Ferdinand als rechtmäßigen Herrscher von Bulgarien durch die europäischen Mächte. Nach einer Meldung der „Agence Volcanique“, des bekannten halbamtlichen Sofioter Blattes, hat die bulgarische Regierung aus Konstantinopel die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Sultan den Fürsten Ferdinand als Souverain von Bulgarien anerkennt und daß er den türkischen Vorgesetzten bei den Großmächten den Auftrag gab, die betreffenden Regierungen um deren Zustimmung zu bitten. Diese neueste bedeutungsvolle Wendung der Dinge in Bulgarien kommt allerdings nicht mehr überraschend, denn es ist wohl zweifellos, daß der bulgarische Ministerpräsident Stojiloff bei seinem soeben stattgefundenen mehrtägigen Aufenthalt in Istanbul die besondere Aufgabe hatte, den Sultan und seine Berater für die endliche Anerkennung des Coburgers als Souverains Bulgariens zu gewinnen, und mit welcher günstigen Erfolge dies geschehen ist, beweist eben die erwähnte Meldung der „Agence Volcanique!“

Freilich würde der Sultan schwerlich sich zu einem solchen Vorgehen zu Gunsten des Bulgarenfürsten entschlossen haben, wenn er sich nicht vorher davon vergewissert hätte, daß sein Schritt beim Czaren keinen Anstoß erregen würde. Mehr denn je, herrscht heute der Einfluß Rußlands am goldenen Horn vor und ängstlich ist man daher auf der hohen Porte bemüht, die türkische auswärtige Politik möglichst auf den Grundton der russischen Anschauungen zu stimmen. Nach Sofia hin weht aber von der Newsa seit der den russischen Wünschen so vollkommen Rechnung tragenden Lösung der „Boris-Frage“ ein ungemein freundlicher Wind, er ist offenbar auch den schon lange zur Schau getragenen Bestrebungen des Fürsten Ferdinand nach seiner Anerkennung günstig, und hierüber wird sich der Sultan in Petersburg vermutlich eingehend vergewissert haben, ehe er den Entschluß faßte, bei den Berliner Traktatmächten die Anerkennung Ferdinands von Bulgarien förmlich zu beantragen.

Ob die Sache indessen nun ohne Weiteres ganz glatt verlaufen wird, bleibt freilich noch immer abzuwarten. Die Möglichkeit kann keineswegs als ausgeschlossen gelten, daß russischerseits die Anerkennung des Bulgarenfürsten noch an die Erfüllung gewisser, den Rechtsstandpunkt Rußlands in der Anerkennungsfrage wahrer, Bedingungen geknüpft werden könnte. Auch Oesterreich-Ungarn wird vielleicht noch Bedenken gegen die Anerkennung des Fürsten Ferdinand äußern, zumal die Beziehungen zwischen dem Donaufürstentum und Bulgarien schon seit einiger Zeit nicht mehr so ausgezeichnete Art sind, wie früher; außerdem zeigt man sich in Wien und Pest ein wenig verstimmt über den plötzlich wieder hervortretenden Einfluß Rußlands in Bulgarien. Aber wenn Rußland wirklich nichts Grundsätzliches gegen die Anerkennung des Coburgers einzuwenden haben sollte, so dürfte schließlich auch Oesterreich-Ungarn seine einzigen Einsprüche fallen lassen, zumal die übrigen Mächte, Deutschland, England, Italien und Frankreich, kein ernstliches Interesse daran besitzen, dem Coburger ihre Anerkennung noch weiterhin zu versagen. Jedenfalls würde mit der Legitimierung des Bulgarenfürsten durch das vereinigte Europa ein alter Quell der Beunruhigung des europäischen Friedens endlich verstopft werden, während bislang immer die Gefahr drohte, daß ein etwaiger Versuch der Machthaber in Sofia, die Anerkennung des Fürsten Ferdinand gegen den Willen eines Theiles der europäischen Mächte zu erzwingen, zu schweren internationalen Verwicklungen führen würde. Hoffentlich wird es Fürst Ferdinand verstehen, wenn er künftig wirklich als rechtmäßiger Herrscher und nicht mehr als Usurpator auf dem Throne dastehen sollte, viele seine neue Stellung weise, vorsichtig und mit kluger Mäßigung ausfüllen.

Tagesgeschichte.

Im Reichstage fand am Dienstag wieder einmal eine lange „Silberdebatte“ statt, zu welcher die Erklärung des Reichsanwalts in Sachen der Währungsfrage den Anlaß gab. Besonders neues kam bei dieser Erörterung über ein im Parlamente nun schon seit Jahren durchgekommenes Thema nicht mehr heraus, Freunde wie Gegner der Doppelwährung hielten an ihren Anschauungen fest, und unter solchen Umständen bedeutet die gesammte Diskussion nur einen Schlag ins Wasser. Sie wurde durch den konservativen Abgeordneten Grafen Mirbach eröffnet, bekanntlich ist derselbe neben Herrn von Kardorff der hervorragendste Führer der deutschen Bimetallisten. Graf

Mirbach gab seiner Unzufriedenheit mit der kühlen Haltung der Reichsregierung in der Silberfrage deutlich genug Ausdruck, verteidigte die Berechtigung der Bestrebungen der deutschen Bimetallisten zum Zusammenwirken mit ihren Gesinnungsgenossen in anderen Ländern und versicherte, die deutschen Bimetallisten würden in ihrer Agitation unermüdet fortfahren. Darauf griff der Reichsanwalt mit einer kurzen Rede in die Verhandlung ein, darauf hinweisend, daß eine Münzkonferenz zur Hebung des Silberwertes schon deshalb keinen praktischen Werth haben würde, weil sich die englische Regierung nicht zur Wiedereröffnung der inischen Münzstätten zu entschließen vermag. Als berufendster parlamentarischer Vertheidiger der Goldwährung seit dem Ausscheiden Dr. Bambergers aus dem Reichstage nahm Abg. Dr. Barth (freil. Vereinigung) das Wort, um seiner besonderen Genugthuung über die neue Erklärung des Reichsanwalts in der Währungsfrage auszudrücken. Im Uebrigen versuchte Dr. Barth mit nicht mehr neuen Gründen nachzuweisen, daß Deutschland eigentlich gar kein weiteres Interesse an der Hebung des Silberpreises habe. Im ferneren Verlaufe der Debatte sprachen noch der Centrumsabgeordnete Fuchs und der freikonservative Führer von Kardorff im Sinne der Forderungen der Bimetallisten, während die Abgeordneten Dr. Hammacher (nat.-lib.) und Dr. Schönlank (soz.) sich im gegentheiligen Sinne äußerten; mit einer die Bestrebungen der „Silbermänner“ ebenfalls abfällig beurtheilenden Rede des Sozialdemokraten Mollenhuth schloß die kein positives Ergebnis aufweisende Debatte. Im Schlußtheile der Sitzung wurde die am Tage zuvor begonnene erste Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle nach unerheblicher Debatte zu Ende geführt. Gegen die Stimmen der Linken und einiger Centrumsabgeordneten beschloß dann das Haus, die zweite Lesung der Vorlage ohne kommissarische Vorberatung gleich im Plenum stattfinden zu lassen. Zuletzt genehmigte das Haus noch den Etat des Reichsschatzamtess. Am Mittwoch beschäftigte sich der Reichstag hauptsächlich mit den Verhältnissen in der Konfektionsbranche und dem in derselben ausgebrochenen Streik, auf Grund der vom nationalliberalen Abgeordneten Hepl von Herrnsheim eingebrachten bezüglichen Interpellation.

Im Reichstage finden umfangreiche Debatten über die auswärtige Politik Deutschlands auf Grund eines dem Hause zugegangenen Weißbuchs über die auswärtigen Angelegenheiten bevor.

In der für die Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches niedergesetzten Reichstagskommission hat das Centrum Hand in Hand mit dem Freisinn die Führung. Vorsitzender ist der Centrumsabgeordnete Spahn, sein Stellvertreter ist der freisinnige Volksparteiler Kaufmann. Aus dem Umstande, daß bis jetzt die Kommission noch keinen Anfang mit ihren Beratungen gemacht hat, schließen einzelne Blätter, es werde auf eine Verschleppung oder gar eine Versumpfung der Vorlage hingearbeitet. Das ist wohl eine etwas gewagte Folgerung, immerhin aber dürfte es sich empfehlen, daß man durch alldaldische und energische Inangriffnahme des Beratungsstoffes dem aufsteigenden Mißtrauen, als wolle man das Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuchs durch taktische Kunststücke hintanhalten, den Boden entziehe. Der konservativen Partei, der und bezugnehmungsweise nachgesagt worden ist, sie wolle gegen diesen Entwurf Stellung nehmen, wird besonders daran gelegen sein müssen, dargethan zu sehen, daß, wenn Verzögerungen und Verschleppungen nicht sachlicher Art wirklich versucht werden sollten, diese von konservativer Seite auf das entschiedenste gemißbilligt werden.

Berlin. Nord und Selbstmord. Der Kaufmann W. E. Bovenberg und dessen Gattin, Gypstraße 39 wohnhaft, haben sich gestern selbst und ihre beiden jüngsten Kinder vergiftet. Das dritte Kind, welchem sie ebenfalls von dem tödtlichen Trank gaben, schwelt noch in Lebensgefahr. Die ältesten beiden Kinder befanden sich zur Zeit der Katastrophe außer dem Hause. Als Motiv der That sind lediglich schwere Nahrungsvorsorgen anzusehen.

In Frankreich droht wieder eine Ministerkrise. In der Diensttagssitzung des Senats gelangte der Südbahnskandal wiederum zur Erörterung und zwar durch eine Interpellation des Senators Morris, welche den Wechsel des Untersuchungsrichters in der Südbahnangelegenheit als eine Unregelmäßigkeit bezeichnet. Morris brachte daher eine diese Unregelmäßigkeit bedauernde Tagesordnung ein, wozegen Ministerpräsident Bourgeois eine einfache Tagesordnung beantragte. Der Senat lehnte aber die letztere mit großer Mehrheit ab und nahm dafür eine Tagesordnung an, welche volle Aufklärung in der Sache und die bezüglichen Unregelmäßigkeiten bedauert. Das ist eine klare Niederlage der Regierung, doch sind die weiteren Entschlüsse derselben noch nicht bekannt.

In England ist das Parlament am Dienstag zusammen-

getreten. Die Thronrede weist keinerlei sensationelle oder beunruhigende Wendungen auf.

Petersburg, 13. Februar. Die „Nowosti“ bekämpfen den Glauben der Bulgaren, daß Rußland ihnen helfen könnte, Mazedonien zu gewinnen. „Die Befreiungskriege Rußlands auf der Balkanhalbinsel“, schreibt das Blatt, „sind beendet. Es ist dort eine Reihe von Staaten gebildet worden, welchen Rußland stets durch Rath und That zu helfen bereit ist; diese Staaten sind aber so gekräftigt, daß sie selbst für sich sorgen müssen, entgegenzusetzen Falles entsände eine nicht zu rechtfertigende Ausbeutung Rußlands. Bulgarien, Griechenland und Serbien erheben Anspruch auf verschiedene Theile Mazedoniens, und Rußland hat durchaus kein Interesse daran, daß macedonische Griechen, Serben und Rumänen unter bulgarische Herrschaft kommen. Hier kann und darf Rußland den Bulgaren nicht helfen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, müßten die russischen diplomatischen und Konsularagenten, welche nach Bulgarien gesandt werden sollen, den bulgarischen Gewaltthätern von vornherein erklären, daß Rußland keine Veränderung des status quo auf der Balkanhalbinsel wünscht und daß Rußland Bulgarien keine Hilfe leisten wird, wollte es mit bewaffneter Hand die Interessen seiner Nachbarn verteidigen.“

Sofia, 13. Februar. Der russische General Graf Golenitschew-Rutusow ist heute 11 1/2 Uhr vormittag hier eingetroffen und von dem Prinzen Ferdinand, den Spitzen der Behörden und hohen Offizieren am Bahnhof empfangen worden. Bei der Fahrt durch die prachtvoll geschmückten Straßen der Stadt nach dem prinzipalen Palais sah Graf Golenitschew-Rutusow zur Rechten des Prinzen. Der russische diplomatische Agent Tscharikoff sah zur Rechten des Ministers des Auswärtigen, Stancioff, und begab sich mit dem Gefolge in das russische Gesandtschaftspalais.

Konstantinopel, 13. Februar. Die Pforte war noch vor der Abreise des bulgarischen Ministerpräsidenten Stojiloff verständigt worden, daß seitens der russischen Regierung gegen die Anerkennung des Prinzen Ferdinand keine Einwendung vorliege. Der gestrige außerordentliche Ministerratß dürfte dieser Angelegenheit gegolten haben. Nach dem Ministerratß erging an die türkischen Vertreter bei den Großmächten der Auftrag, Schritte bezüglich der Zustimmung der Mächte zu der Anerkennung des Prinzen Ferdinand zu thun. Der zur Feier des Uebertritts des Prinzen Boris nach Sofia entsandte Divisionsgeneral Wuzjasser Pascha überbringt dem Prinzen Ferdinand ein auf die Anerkennung bezügliches Handschreiben des Sultans.

Vaterländisches.

Wilsdruff, 13. Februar. Gestern Nachmittag 4 Uhr hielt der „Landwirthschaftliche Verein für Wilsdruff“ im Hotel zum Adler unter Vorsitz des Herrn Rittergutsbesizers Andrá seine zweite diesjährige Versammlung ab, wozu insbesondere die Frauen der Mitglieder eingeladen waren. 1/5 Uhr wurde die zahlreiche Versammlung mit Begrüßung des Herrn Kreissekretärs Dr. von Wittrow, des Herrn Schuldirektor Richters-Freiberg, der Damen und der Mitglieder eröffnet. Zunächst wurde über die geschehenen Einzänge referirt, wobei insbesondere interessirte, daß eine chemische Flüssigkeit entdeckt worden, die durch Auftrüffelung auf Butter sofort reagirt, ob der Butter Margarine beigemischt ist. Sodann werden die Herren Kaufmann Obere, Gutsbesitzer Quas und Lammshier als Mitglieder aufgenommen. 3. erfolgte die Prämiation von Dienstboten und Arbeitern landwirthschaftlichen Betriebes durch Herrn Dr. v. Wittrow im Auftrage des landwirthschaftlichen Kreisvereins Dresden. Durch eine herzliche Ansprache an die 15 zu Prämirenden wurde der feierliche Akt eingeleitet, alsdann erhielten Anerkennungsdiplome für langjährige treue Dienste:

Name	Jahre
Tagearbeiter Karl Klauß, Klipphausen bei Herrn Riffe	28
Tagearbeiter Friedrich Wilhelm Schumann, Vimbach bei Herrn Andrá	25 1/2
Tagearbeiter Ernst Merker, Klipphausen bei Herrn Riffe	24 1/2
Arbeiter bez. Wächter Ernst Fleischer, Vimbach	23
Bogt Ernst Gahner, Klipphausen	19 1/2
Tagearbeiter August Kläffig, Klipphausen	16 1/2
Tagearbeiter August Klien, Klipphausen	24 1/2
Tagearbeiterin Auguste Klien, Klipphausen	24 1/2
„ Wilhelmine Hofmann, Klipphausen	23 1/2
„ Therese Kläffig, Klipphausen	23 1/2
„ Auguste Krause, Klipphausen	23 1/2
„ Christiane Uebach, Klipphausen	23 1/2
„ Leonore Gahner, Klipphausen	23 1/2
„ Wilhelmine Schür, Vimbach	17
„ Emilie verw. Schür, Vimbach	16